

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Strohlanstraße, Tagesblatt, Nr. 24.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1330
Circulanz Riesa Nr. 24.

Nr. 52.

Donnerstag, 8. März 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Börsen. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Roh- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis der 30 mm breiten, 3 mm hohen Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Neuanzeige 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kuffler, feste Linien, bewilligte Rubrik erhöht, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß aber der Auftraggeber in Anspruch gestellt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Abonnent keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsrecht und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Sackstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Frankreichs Schuldenverpflichtungen.

Seit längerer Zeit rufen die einseitigen Finanzkrisen von besonderen Aktionen des französischen Ministerpräsidenten Poincaré in der Schuldenfrage. Ohne besondere Befragen des Parlamentes hat Poincaré mit der Londoner und Washingtoner Regierung Verhandlungen über die Zurückzahlung der Schulden geführt und legt das Parlament einfach vor die Tatsache gestellt, daß er neue Verpflichtungen übernommen habe. Alle Verträge der französischen Finanzminister, ohne Ausnahme, die Sanierung des französischen Frankens durchzuführen, sind schicksalhaft, da die in der Nachkriegszeit stark gewordene Industrie sich an größeren Opfern im Interesse des Staates nicht entschließen wollte. Durch die Erhebung von Steuern waren die unabweisbaren Lasten ebenfalls nicht zu decken, und so blieb Poincaré tatsächlich nichts anderes übrig, als die Verhältnisse mit Amerika anzustreben, um die Kreditlinie bald wieder in Anspruch nehmen zu können. Poincaré hat sich an einige amerikanische Finanzgruppen mit dem Vorschlag gewandt, sich für Frankreich beim Präsidenten Coolidge zu Gunsten einer Revision der amerikanischen Stellungnahme in dem Schuldenabkommen zu verwenden. Die amerikanische Regierung hat die Vermittlung nicht abgelehnt, da sie davon überzeugt ist, daß das Böhrener-Abkommen vom französischen Kabinett doch nicht ratifiziert werden würde. Das Abkommen soll aber als Grundlage für neue Verhandlungen gelten, die in Kürze wieder aufgenommen werden dürften. Inzwischen sind beträchtliche amerikanische Kredite für Frankreich flüssig gemacht worden, die ohne Zweifel dazu dienen werden, zur Währungsstabilisierung den Grundstein zu legen. Die veränderte Haltung Amerikas wird in hiesigen unterrichteten Kreisen auf die bevorstehende Präsidentenerneuerung zurückgeführt, von der man einen Wechsel beklimmt erwartet. Diesen Augenblick hat Poincaré auf zu nutzen verstanden, weil er nicht nur in Amerika willkürliche Ökonomie, sondern gleichzeitig die Opposition im eigenen Lande gegen ein Schuldenabkommen auf der Grundlage des Böhrener-Vertrages niederzulegen.

Mit Hilfe englischer und amerikanischer Gelder wird es dem französischen Kabinett bald gelingen, Ordnung in die Finanzen zu bringen und dabei die eigene Industrie und die gesamte Bevölkerung zu schonen. In dem gleichen Maße, wie sich diese augenblicklich günstigen Ausichten bemerken werden, verliert Deutschland in den Augen Frankreichs an politischem Wert. Von Thoiry wird ernsthaft in Paris nicht mehr gesprochen. Deutschlands finanzielle Hilfeleistung kann in keiner Weise die Ansätze erhalten, die Frankreich jetzt für die Stabilisierung des Frankens braucht. Zur Wiederbelebung des Handels ist Frankreich der Abschluß eines Handelsvertrages mit Deutschland allerdings von größter Wichtigkeit. Darum werden auch die Wirtschaftsverhandlungen so intensiv betrieben wie nie zuvor und man setzt sich auf französischer Seite sogar bereit, Deutschland in den Tariffragen Konzessionen zu machen, die über den Rahmen des eigenen Folgejahres hinausgehen. Es ist nicht leicht, für das französische Frühgemüse einen gleichwertigen Abnehmer wie Deutschland zu finden, denn die Nachbarländer Frankreichs verfügen über die gleiche Abfallware und die Verbraucher des eigenen Landes sind nicht in der Lage, die Waren selbst zu konsumieren. Gegen die deutschen Zugeständnisse in Gemüsefragen haben sich jetzt wiederholt die deutschen Gemüsebauern ausgesprochen und dementsprechende Schritte beim Reichsernährungsminister unternommen. Das Reichskabinett verneint die schwierige Lage der deutschen Landwirtschaft nicht, es verlangt aber von den einzelnen Wirtschaftszweigen, daß sie auf die Gesamtlage der deutschen Produktion Rücksicht nehmen müssen, damit kein Wirtschaftszweig bevorzugt oder benachteiligt wird.

Zur Tagung des Völkerbundsrats.

Die Tagung des Völkerbundsrates in Genève am 1. März interessierte Deutschland besonders die Schulfragen in Oberösterreich und die Danziger Frage. In der Oberschlesischen Spätklage handelt es sich um die Zurückweisung von Schulkindern von der Aufnahme in die Vorkurschulen. Der deutsche Volksbund für Volkschulen in Katowisz hat bekanntlich bei der gemischten Kommission für Oberschlesien Beschwerde gegen diese Zurückweisung der Schulinder eingeleitet. Der Präsident der gemischten Kommission Colander hat durch Entscheidung vom 15. Dezember 1926 auf Grund des Artikels 153 des Genèver Abkommens und des Artikels 43 der Verfassungsverordnung der Gemischten Kommission die Beschwerde anerkannt und angeordnet, daß zahlreiche zurückgewiesene Schulinder in die deutschen Vorkurschulen in Volkschulen-Oberschlesien eingeschult werden. Die Angelegenheit wird nunmehr auch den Völkerbundsrat beschäftigen. Gegenstände der Verhandlungen über die Danziger Frage sind vor allem die Lagerung und der Transport von Kriegsmaterial in Danzig, das Gehalt des Kommissars und die Verhandlungen mit der polnischen Regierung über die Anteilsfrage. Die Danziger Delegation, die nach Genève entsandt wird, besteht aus dem Senatspräsidenten Sabon, dem Senator Dr. Wolfmann und dem Regierungsrat Ferber.

Der Flug Sarmiento Beires.

Paris, 7. März. Das Flugzeug Sarmiento Beires, auf seinem Flug um die Welt landete der portugiesische Piloter Sarmiento Beires, der gestern nachmittags 1.30 Uhr in Lisbon ansetzte, gestern nachmittags 5.30 Uhr in Calabiana.

Der Reichstanzler zur deutschen Politik.

Rede des Reichstanzlers bei Empfang des Vereins der auswärtigen Presse.

(Berlin, 7. März. Beim Empfang, den der Verein der Auswärtigen Presse heute abend in den Räumen der Industrie- und Handelskammer veranstaltete, hielt Reichstanzler Dr. Warg

Reichstanzler Dr. Warg

um 9 1/2 Uhr eine Rede. Der Reichstanzler betonte einleitend, daß er der Einladung um so lieber gefolgt sei, als er in den letzten Monaten bereits Gast der Berliner Presse und der deutschen Zeitungsverleger gewesen sei. Die Einladung gebe ihm Gelegenheit, sich vor einem politischen Forum zum erstenmal nach der Neubildung der Regierung in ungewöhnlicher Weise zu äußern, als dies im strengen Rahmen des Parlamentes möglich sei.

Der Kanzler skizzierte dann die Aufgabe der Berliner Vertreter der auswärtigen Presse dahin, politischer Mittler zwischen der Reichsregierung und den einzelnen Teilen des Reichs zu sein, die Pläne der Regierung und der Parlamente hinauszutragen auf Land und auf der anderen Seite die Anregungen und Wünsche, die den einzelnen Weltkreisen bewegen, der Zentrale zur Kenntnis zu bringen. Die auswärtige Presse, die den Ereignissen des Tages in größerer Nähe sachlich gegenübersteht, vermag objektiver zu urteilen, als dies in dem rastlosen Gerede der Weltstadt möglich ist.

Diese objektive Haltung, fuhr der Kanzler fort, scheint mir ein Beispiel dafür zu sein, daß wir in Deutschland mit weniger Leidenschaft und dafür mit etwas mehr Sachlichkeit an unsere tägliche Arbeit für das Wohl des Ganzen herangehen sollten. Hierbei fällt nun der Presse im heutigen demokratischen Staatswesen eine ganz besondere Aufgabe auf: sie muß die schwere Arbeit der Regierung auch während der Wahlperiode unterstützen. Kritik ist gut, sie ist nötig, sie kann die Dinge fördern, wenn sie wirklich mit Ernst sich mit der Materie beschäftigt.

Wenn es auch ernste und schwere Probleme früher gegeben hat, so sind sie doch nicht mit dieser Dringlichkeit unter solchen wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten an uns herangetreten wie in den gegenwärtigen Zeiten, in denen wir zum großen Teile wieder von neuem beirrt zu werden. Ich brauche nur an die vielen neuen Begriffe zu erinnern, die wir früher gar nicht gekannt haben, Inflation, Steuernotverordnungen, Aufwertung, Finanzausgleich, die Fragen der Arbeitszeit, der Wahl- und Justizreform. Das deutsche Volk darf sich den Luxus nicht leisten, diese schweren und zum Teil ganz neuen Probleme mit unangemessener Polemik zu befeuern, wodurch eine sachliche Auseinandersetzung ausgeschlossen wird.

Wir haben eine neue Regierung, sie ist schon sehr stark kritisiert worden, noch ehe sie eigentlich zum Leben war. Die Kritik geht aber in ihrer Ausübung fehl, wenn sie der gegenwärtigen Regierung von vornherein den Stempel der Einseitigkeit ausdrücken will. Diese Regierung wird in ihrer Arbeit kein anderes Ziel verfolgen, als es auch die vorhergehende getan hat, an deren Spitze ich auch stand. Die deutsche Republik soll ihr Leben nehmen und Kraft schöpfen aus echter tiefempfundener nationaler Meinung. Sie soll eine lebendige soziale Gemeinschaft bilden und sich zu einer wahren demokratischen Volksgemeinschaft ausbilden und zu dem Augenblick überleiten, dessen Kommen in glücklicheren Zeiten wir alle herbeisehen, in dem sich alle

in der deutschen Republik wohlfühlen, aber dazu müssen alle mitwirken.

Der Weg zur Besserung unserer Lage besteht auch darin, daß die Opposition eine Mitarbeit in der politischen Entwicklung wie an der Gesetzgebung ist. Es bedeutet keine Verhärterung der parlamentarischen Regierungsform und ihrer Autorität, wenn sich eine Opposition auf dem Standpunkt stellen würde, alles was von der Regierung kommt, zu bekämpfen und nur von rein negativen Gesankensätzen abzugehen. Ich sage das nicht in weicher Eigenhaft als Reichstanzler und Führer einer Mehrheitsregierung, die unbedingt um gutes Wetter bitten will, sondern als Mann, dem ernsthaft daran liegt, daß das Spiel aller Kräfte im Staate zu einem planmäßigen und vernünftigen Zusammenwirken veranlaßt wird, daß alle Kräfte an den Staat herangeführt werden, und anderer Seits richtig eine immer härtere Festigkeit verleiht wird.

Ein Fortschritt ist es unbedingt, daß wir uns die unruhigere Polemik vor allem in der Außenpolitik abgewöhnt haben. Wir alle haben Anlaß zu einer solchen Haltung, denn wir werden außenpolitische Geschlossenheit und Einigkeit auch in Zukunft dringend brauchen.

Wir stehen vor einer neuen Tagung des Völkerbundsrates, und die Ausführungen, die dicht vor Beginn dieser Tagung der Herr französische Außenminister gemacht hat, sind hier in Deutschland mit Recht sehr sorgfältig beachtet worden. Wir freuen uns, daß er in seiner Erklärung an dem großen Ziel der Verständigung Deutschlands und Frankreichs festgehalten und es in den Mittelpunkt seiner Ausführungen gestellt hat. Auf unserer Seite ist auch von der neuen Regierung einmütig erklärt worden, daß deutscherseits an dieser Politik festgehalten wird. Wir hoffen nur, daß von der anderen Seite in nicht zu ferne Zeit die Hindernisse aus dem Weg geräumt werden, die sie alle kennen und die einer wirklichen und so notwendigen Verständigung zwischen beiden Völkern noch im Wege stehen. Wir haben ferner die völlige Einmütigkeit der deutschen öffentlichen Meinung gegenüber den Differenzen zwischen England und den Vereinigten Sowjetrepubliken zu schätzen können, und die Presse aller Richtungen hat mit Recht die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß es gelingen möge, diese zwischen den beiden großen Staaten auftretenden Schwierigkeiten zu beseitigen. Unsere Haltung selbst ist auf Grund der außenpolitischen Situation klar und gegeben. Deutschlands Politik ist festgelegt durch die Verträge von Locarno und durch den Berliner Vertrag und an dieser Grundlage, die uns gehalten, mit Ruhe und Zierlichkeit dem Laufe der Dinge zu folgen, werden wir es halten.

Der Reichstanzler schloß, er habe heute abend so versucht, sich mit den Parteien und der Presse über die gemeinsamen wichtigen und grundsätzlichen Aufgaben auszusprechen. Bei aller Kritik, fuhr er fort, wollen wir doch auch nicht vergessen, daß in den letzten Jahren manches erreicht ist. Die vielen friedlichen Schlägen, die wir mit der deutschen Presse gemeinsam auf großen Konferenzen und in Genève geschlagen haben, führten uns zusammen, daß wir in der Welt trotz aller politischen Gegensätze doch wieder das Bild eines einheitlichen deutschen Staates und Volkes zeigten. Wenn wir das, was wir auf außenpolitischem Gebiet gelernt haben, auch auf unsere inneren Fragen und Sorgen anwenden, dann ist ein guter Schritt vorwärts getan. In diesem Sinne ist der heutige Abend zu werten und zu deuten.

Der sächsische Finanzminister in Berlin.

Dresden, 7. März. Der sächsische Finanzminister Weber hat heute in Berlin dem Reichsfinanzminister Dr. Köhler und dem sächsischen Landtagspräsidenten Dr. Köhler und dem Reichsfinanzminister vor allem Fragen besprochen, die den Finanzausgleich betreffen. In seiner Begleitung befindet sich Ministerialdirektor Lorenz.

Besserung im Befinden des Reichstagspräsidenten.

Berlin, (Funknachricht.) Die Besserung im Befinden des Reichstagspräsidenten Lohse hat bedeutende Fortschritte gemacht. Der Patient hat die Nacht gut verbracht. Das gute Befinden seiner geliebten verunglückten Mutter hat psychisch außerordentlich vorteilhaft auf ihn eingewirkt, so daß die Ärzte annehmen, daß die Krise endgültig überwunden sei.

Aus den Landtagsausschüssen.

Dresden, 2. März. Der Gesundheitsausschuß des sächsischen Landtages verhandelte heute den kommunikativen Antrag über Arbeitszeitsfragen. Die diegerischen Fraktionen lebten alle kommunikativen Anträge ab, während die Vertreter der Linksparteien im allgemeinen den Anträgen zustimmen, obwohl die Regierung erklärte, daß es unmöglich ist, in den Staatsbetrieben, soweit für diese Tarifverträge bestimmt sind, den reinen 8 Stunden tag durchzuführen. Ebenso sei diese Anzahl von der finanziellen Kosten wegen für das Personal der Krankenhäuser und Werkstätten unmöglich.

Ein weiterer kommunikativer Antrag auf Abberufung der sächsischen Richter Daas, Brandt und Banofsch wurde mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Der Haushaltsausschuß beriet weiter über Haushaltspläne.

Das Kapitel Staatsrechnungshof wurde ohne Nachfrage nach der Einsetzung verabschiedet, ebenso das Kapitel Kunstgewerbeakademie Leipzig, Dresden, Plauen. Auch das Kapitel Veterinärpolizei fand nach kurzer Nachfrage Annahme, desgleichen das Kapitel Landwirtschaft im allgemeinen. Beim letzteren Punkt wurde von deutscher Seite gefordert, daß das Forderungsstellen lassen müsse. Von sozialdemokratischer Seite wurden die Einstellungen für die landwirtschaftlichen Schulen als zu hoch bezeichnet. Dem traten die Redner der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei entgegen. Verschiedene kommunistische Anträge, die im Ausschuss als Negationsanträge bezeichnet wurden, fanden keine Mehrheit. Schließlich wurde noch das Kapitel Landespolizei nach der Vorlage angenommen.

Das deutsche Abrüstungsmaterial.

qu. Berlin. Die Arbeiten der vorbereitenden Abrüstungskommission werden nach Auffassung der Reichsregierung ein größeres Interesse beanspruchen dürfen als die bisherigen Tagungen, da der genaue Plan für die Abrüstungskonferenz festgelegt werden soll. Die militärischen Sachverständigen Deutschlands haben für die Genèver Verhandlungen ein gut bearbeitetes Material vorbereitet, dem das Verhandlungsergebnis der Vorkonferenz mit Herrn von Bawel und die letzten Bestimmungen über die deutsche Abrüstung zugrunde gelegt sind. Im Auftrag der Reichsregierung werden die Delegierten der vorbereitenden Abrüstungskonferenz die Inauguralrede der einseitigen Kritik des Verfallens Vertrages fordern, wozu in erster Linie der Beginn der allgemeinen Weltabrüstung gehört.